

ZUKUNFT INNOVATION ÖSTERREICH



EINE SERIE VON HANNES ANDROSCH

„Zukunft Innovation Österreich“ – die neue Serie von Hannes Androsch – präsentiert exklusiv in jeder AUSTRIA INNOVATIV-Ausgabe, wie der Industriestandort Österreich trotz verschärftem internationalen Wettbewerb auch in Zukunft kompetitiv bleiben kann. Im vorliegenden Interview analysiert der Aufsichtsratsvorsitzende des AIT Austrian Institute of Technology und Industrielle Hannes Androsch nicht nur den Status quo der heimischen Wirtschaftssituation, sondern fordert auch die rasche Umsetzung der dringend erforderlichen Budgetkonsolidierung.



Fotos: Peter M. Mayr

... zur Person

Hannes Androsch, 1938 in Wien geboren, war von 1970 bis 1981 Finanzminister, von 1976 bis 1981 Vizekanzler, von 1981 bis 1988 Generaldirektor der Creditanstalt und gründete 1989 die AIC Androsch International Management Consulting GmbH. Der Industrielle engagiert sich im Rahmen seiner zahlreichen Tätigkeiten in besonderer Weise auch für Wissenschaft und Forschung und ist seit 2007 AIT-Aufsichtsratspräsident. (www.androsch.com)

Herr Androsch, kommt die angekündigte Budgetkonsolidierung zum falschen Zeitpunkt?

Wollen wir keine griechischen oder irischen Verhältnisse riskieren, dann ist es nach vielen Jahren einer unsoliden öffentlichen Finanzpolitik dringend notwendig, einen Konsolidierungspfad einzuschlagen. Da wir die Krise noch längst nicht überwunden haben, ist eine solche Therapie dringend erforderlich. Diese darf aber das wirtschaftliche Wachstum nicht behindern, da sonst ein neuer Rückschlag die Folge wäre. Ohne dynamischem Wachstum kann die Konsolidierung nicht gelingen. Dabei wäre es der falsche Weg, bei Bildung, Wissenschaft und Forschung Kürzungen vorzunehmen. Damit würden wir unsere Zukunft verspielen. Daher ist eine langfristig ausgerichtete Strategie für Forschung, Technologie

und Innovation samt der Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel eine *conditio sine qua non*.

Um wieder solide Finanzverhältnisse zu schaffen, gibt es genügend Spielraum. Beispielsweise wird schon seit langem die Modernisierung des öffentlichen Bereiches gefordert. Hier liegt enormes Einsparungspotenzial brach. Sowohl der Rechnungshof als auch das WIFO orten dort Einsparungsmöglichkeiten von rund elf Milliarden Euro. In Wahrheit ist dieses Potenzial noch deutlich größer.

Wir leiden an einer gravierenden Ungleichbehandlung zwischen geschütztem und ungeschütztem Bereich. Bestes Beispiel ist die so genannte Hacklerregelung, die in erster Linie von Beamten und leitenden Angestellten in Anspruch genommen wird. Ein weiteres Beispiel ist das Bundesheer. Dort werden 24.000 Per-

sonen in der Verwaltung beschäftigt – warum kann die Schweiz mit 8.000 auskommen?

■ *Aber steht eine Budgetkonsolidierung nicht zwangsläufig im Widerspruch zu Wachstum und Wohlstand?*

Die Notwendigkeit der Budgetsanierung darf eine größtmögliche Dynamik unserer Wirtschaft nicht behindern. Dafür ist nichts weniger als ein Spagat zwischen Konsolidierung und Impulsen für mehr wirtschaftliches Wachstum erforderlich. Dabei kommt der verstärkten Förderung von Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Ausbaus und der Modernisierung der Infrastruktur eine Schlüsselrolle zu. Bestes Beispiel ist hier wiederum die Schweiz, die auf diesen Gebieten bereits traditionell internationale Spitzenplätze hält, wie etwa beim aktuellen European Innovation Scoreboard. Im Vergleich zu Österreich investiert die Schweiz drei Mal so viel für Grundlagenforschung und die Ausgaben pro Studierenden liegen sogar bis zu vier Mal höher. Gleichzeitig sind sie uns in Sachen Föderalismus meilenweit voraus. Und diese weit bessere Performance erreichen die Eidgenossen mit einer Gesamtsteuerquote von nur 30 Prozent. Bei uns liegt sie bei 43 Prozent!

■ *Zurück zu dem vom Rechnungshof lokalisierten Einsparungspotenzial von elf Milliarden Euro. Wo steckt dies?*

Dafür gibt es unzählige Beispiele. Denken Sie nur an die vielen Krankenhäuser, die für unser kleines Land gar nicht notwendig sind, um die medizinische Versorgung sicherzustellen. Wir haben viel zu viele Peripheriekrankenhäuser mit teurer medizinischer Infrastruktur, die nicht entsprechend genutzt werden. Unsere Überbürokratisierung droht – ebenso wie überkommene Dienstrechtvorschriften im geschützten Sektor – die öffentlichen Haushalte gleichsam zu strangulieren. Allein die ausufernde Schulbürokratie verschlingt unnötig Steuermilliarden. Auch die gerade im geschützten Sektor besonders hohen Krankenstände und Kuraufenthalte sind zu hinterfragen. Ohne Budgetkonsolidierung steuern wir jedenfalls mit einer mathematischen Wahrscheinlichkeit von 100 Prozent auf einen fiskalischen Eisberg zu. Und dabei darf auch niemand die vorhandene Wirtschaftskrise als Erklä-

rungsmodell strapazieren. Denn die aktuelle Situation haben wir nicht wegen der Krise, sondern trotz der Krise. Diese hat die ohnehin schwärenden Probleme lediglich verschärft. Österreich hat ja in den vergangenen Jahren die Verhinderung unternehmerischer Tätigkeit durch Regulierungswut und Vorschriften-dschungel vorangetrieben.

Aber Krankjammern ist kein geeignetes Mittel gegen die Krise. Unsere wirtschaftspolitische Zukunft kann nur in der Stärkung der Innovationskraft durch bessere Bildung, höhere Qualifikationen sowie Förderung von Wissenschaft und Forschung liegen. Daher müssen wir, muss Europa, die ohnehin bereits definierten Ziele des Vertrags von Lissabon endlich umsetzen. Wir müssen der Bevölkerung weiters vermitteln, dass eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik noch immer die beste Sozialpolitik ist.

■ *Soll sich Österreich nicht angesichts der aktuellen Situation – Stichwort Griechenland – bei seinen wirtschaftspolitischen Entscheidungen partiell von der Linie der EU entkoppeln?*

Nein – die EU ist ein Erfolgsmodell. Die Mitgliedsländer sind – trotz schwarzer Schafe – auch wirtschaftlich zusammengewachsen. Das hat uns allen Wohlstand gebracht. Anteil daran haben sicher sowohl der gemeinsame Binnenmarkt, als auch die Währungsunion. Europa hat aber natürlich auch mit Problemen zu kämpfen. Mit einer im Vergleich zu den USA oder Asien viel zu geringen wirtschaftlichen Dynamik, einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung und mit überlasteten Haushalten. Europa ist träge geworden. Unser aller Versäumnis war, die Lissabonziele nicht konsequent zu verfolgen. Das hat uns die letzten zehn Jahre wachstumstechnisch zurückgeworfen. Wenn wir also jetzt nicht die richtigen Maßnahmen setzen, haben wir nicht nur ein schwaches Dezennium hinter uns, sondern auch ein verlorenes vor uns. Wir brauchen dringend eine stabile Finanz- und Wirtschaftsunion und nach Möglichkeit auch eine politische Union, um im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. ⬅

Anmerkung

Laut Parlamentskorrespondenz vom 1. Juli werden die Vorschläge für die kommenden Budgets derzeit von der Regierung ausgearbeitet – es ist dies die Basis für die vorgesehene Budgetkonsolidierung für die Jahre 2011 bis 2013. Bereits Anfang des Jahres wurde im Ministerrat das „Stabilitätsprogramm 2013“ beschlossen. Der notwendige Konsolidierungspfad sieht vor, das Budgetdefizit, das derzeit bei 4,7 Prozent liegt, bis 2013 schrittweise auf 2,7 Prozent zu reduzieren.